



Pressemitteilung, 21.02.2017

## Der humanitäre Anstrich der restriktiven Abschiebepolitik: zum Besuch des Bundesinnenministers de Maizière bei der Magdeburger Rückkehrberatung

Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière besucht heute gemeinsam mit Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Stahlknecht die Rückkehrberatung der Magdeburger Stadtmission. Ein ehrliches Interesse an Freiwilligkeit seitens der Innenminister wäre grundsätzlich zu begrüßen. Tatsächlich wird jedoch ein enorm anziehender restriktiver Abschiebekurs der Bundesregierung, aber auch der Landesregierung Sachsen-Anhalts verfolgt.

„Die Inszenierung des Interesses an Freiwilligkeit erwehrt sich nur schwer dem Eindruck, hier über den menschenrechtsverachtenden Abschiebekurs der Bundesregierung hinwegtäuschen zu wollen und diesem einen humanitären Anstrich zu geben.“, stellt Stefanie Mürbe, Pressesprecherin des Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalts, fest.

„Freiwillige Rückkehrberatung muss eine ergebnisoffene Perspektivberatung sein, der nicht durch Gesetzesverschärfungen und politische Interessen Steine in den Weg gelegt werden. Das Prinzip der Freiwilligkeit muss hier an erster Stelle stehen.“, so Mürbe.

Viele Menschen gehen zurück, weil sie in Deutschland dem Druck nicht mehr standhalten und keine Perspektive für sich sehen. Entweder sie verzweifeln, weil sie ihre Familien nicht nachholen können oder weil sie ständig vermittelt bekommen, dass ihr Asylantrag in Deutschland keine Aussicht auf Erfolg hat. Darüber hinaus wird vielen Menschen der Zugang zu Sprache und Arbeitsmarkt verwehrt.

„Wir erleben, dass der Druck auf die Asylsuchenden und Geduldeten immer mehr zunimmt. Rückkehrberatung, Informationen zu freiwilliger Ausreise oder gar Verzicht auf Antragstellung sind landesweit Thema. Der Druck auf die Ausländerbehörden wird durch das Landesinnenministerium und die neu gegründete ‚Taskforce Rückkehr‘ massiv erhöht.“, beschreibt Mürbe.

„Aktuell ist der Druck auf afghanische Asylsuchende freiwillig auszureisen immens, was angesichts der katastrophalen Sicherheitsituation in Afghanistan unerträglich ist. Statt staatlicher Zwangsrückkehrberatung brauchen die Menschen eine ergebnisoffene Beratung zu ihren Perspektiven und im Vorfeld eine gute Aufklärung über ihre Rechte.“, fordert Stefanie Mürbe.

„Mit großer Sorge betrachten wir das neue Rückkehrprogramm des Bundes, „Starthilfe Plus“, bei dem Menschen eine Prämie bekommen sollen, wenn sie ihren Asylantrag zurückziehen bzw. auf Rechtsmittel verzichten. Der Bund erkaufte das Grundrecht auf die individuelle Prüfung der Asylgründe.“, mahnt Mürbe.

„Wir appellieren an den Innenminister Sachsen-Anhalts Holger Stahlknecht Abschiebungen und freiwillige Ausreisen nicht als Erfolgsmeldungen zu stilisieren, sondern ernsthaft die Wahrung der Rechte und Eröffnung von Bleibeperspektiven politisch umzusetzen.“, fordert Stefanie Mürbe vom Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt.

Weiter Informationen:

[Rückkehrberatung für Flüchtlinge: Thesenpapier für die Bundesarbeitsgemeinschaft Pro Asyl](#)

Pressekontakt: Stefanie Mürbe, 0391 50 54 96 13